

„Wir müssen die Währungsunion neu ordnen“

Griechenlands früherer Premierminister Kostas Simitis über die Gefahren für die Demokratie in seinem Land, die Versäumnisse der EU in der Krise und einen „europäischen Fortschrittsplan“

Herr Simitis, mehr als jeder vierte Grieche ist arbeitslos. Ein Fünftel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Machen Sie sich Sorgen um den Zusammenhalt der Gesellschaft in ihrem Land?

Die Krise hat die politischen und sozialen Gegensätze in einem Maße zugespitzt, das selbst in einem Land, in dem Konfrontationen durchaus üblich sind, weitaus intensiver als sonst ist. In einem beträchtlichen Teil der Gesellschaft herrschen Verzweiflung über die wirtschaftliche Lage, eine allgemeine Untergangsstimmung sowie das Gefühl, dass die Zukunft einer ganzen Generation zerstört wird. Ihr Zusammenhalt ist so gesehen wirklich in Gefahr, sollte sich die Lage nicht verbessern.

Und die politische Landschaft? Die sozialdemokratische Pasok, die unter ihrem Vorsitz 42 Prozent Stimmenanteil hatte, liegt in jüngsten Umfragen bei 6,5 Prozent, die Neonazi-Partei „Goldene Morgenröte“ kommt auf zwölf Prozent. Ist die Demokratie in Gefahr?

Ihre Qualität verschlechtert sich jedenfalls zusehends. Gewaltanwendung seitens der Protestierenden wird in der Gesellschaft immer mehr für zulässig gehalten, Richter streiken, obgleich es die Verfassung verbietet, Beamte reduzieren ihre Tätigkeit auf das gesetzlich gerade noch zulässige Maß. Das Wahlergebnis vom vergangenen Juni und die Umfragen spiegeln den manifesten Unmut wider.

Sie haben Griechenland 2002 in den Euro geführt. Hätten Sie jemals gedacht, dass Ihr Land zehn Jahre später in einer solchen Krise stecken würde?

Nein. Während meiner Regierungszeit, 1996-2004 erlebte das Land einen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, der eine weitere Annäherung an den europäischen Durchschnitt möglich machte.

Was ist falsch gelaufen?

Die konservative Regierung verfolgte seit 2004 eine populistische Ausgabenpolitik – nach dem Motto: „Wir verteilen mehr als alle anderen“. Das Klientensystem erlebte eine neue Blüte. Der Staat stellte mehr als 150.000 Arbeitssuchende ein. Die Staatsschuld stieg in fünf Jahren um 130 Milliarden Euro von 95,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts Ende 2003 auf 129,4 Prozent Ende 2009. Dennoch wurden die Konservativen 2007 wieder gewählt und blieben trotz der Krise bis Ende 2009 an der Regierung. Dann gaben sie frühzeitig auf - in der Hoffnung, der nächsten sozialistischen Regierung die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Hat Europa rechtzeitig und angemessen reagiert?

Nein. Die Europäische Kommission sah einfach zu, vermied es also sich einzuschalten. Noch 2009, als die griechische Schuldenkrise offenkundig war, diskutierte man in der Kommission, ob die von den Konservativen versprochenen, aber nicht getroffenen Maßnahmen wirksam sein könnten. Man fragte sich allenfalls, ob man nicht nach den Wahlen eingreifen sollte. Das im September 2009 von der Athener Regierung angegebene Defizit in Höhe von sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts wurde nicht öffentlich angezweifelt. Ende des Jahres stellte sich heraus, dass es über zwölf Prozent lag.

War Griechenland 2000, als die Aufnahme in die Eurozone beschlossen wurde, überhaupt reif für diesen Schritt?

Die Antwort hängt davon ab, wie man den Zweck der Wirtschafts- und Währungsunion definiert. Nach der herrschenden Ansicht war die EWWU ein Schritt auf dem Weg zu einer engeren Zusammenarbeit der Mitglieder der Union. Die Eurozone sollte nicht ein Club hochentwickelter Staaten sein, dem die Länder der Peripherie nicht beitreten konnten. Sie sollte dazu verhelfen, die gemeinsamen

Wachstumsbemühungen zu stärken, schrittweise die Konvergenz der jeweiligen nationalen Wirtschaften zu fördern und die Chancen besser zu nutzen, die durch die Abschaffung der Grenzen in Europa entstanden. Griechenland war reif für diesen Schritt. Es hatte die vom Maastrichter Abkommen gesetzten Voraussetzungen erfüllt sowie seit 1996 eine Wachstumsrate, die über dem Durchschnitt der Eurozone lag.

Aber es gibt den Vorwurf, Griechenland hätte sich damals mit gefälschten Statistiken den Zugang zur Eurozone erschlichen.

Das ist schlicht unwahr. Diese Behauptung beruht auf einem Trick der konservativen Regierung, die 2004 die Militärausgaben anders als bisher berechnete, um ihren Spielraum für höhere Ausgaben in der kommenden Regierungszeit zu erweitern. Eine Kommission, die von der EU eingesetzt wurde, um die Frage der Buchung der Militärausgaben zu beantworten, hat 2006 der früheren griechischen Regierung Recht gegeben. Diese Entscheidung wird zumeist verdrängt.

Sie sagen, Griechenland erfüllte die Defizitvorgaben?

Nicht nur das. Es wird immer wieder übersehen, dass in den jeweiligen Referenzjahren die Defizitquoten Spaniens 3,3 Prozent, Portugals 3,4 Prozent und Frankreichs 3,3 Prozent betragen. Griechenlands Defizit lag selbst nach der falschen Berechnung nur bei 3,07 Prozent. Die Leichtfertigkeit der damaligen konservativen Regierung und der Kommission haben leider zu einem bleibenden negativen Eindruck geführt.

Manche meinen, die Währungsunion sei zwar politisch gewollt, aber ökonomisch von Anfang an unsinnig gewesen. Was ist Ihre Meinung?

Schon bei der Gründung fehlte es an den unerlässlichen Regelungen, die hätten gewährleisten könnten, dass sich die Währungsunion zu einer echten Wirtschaftsunion entwickelt. Daran hat sich auch später nichts geändert. Die notwendige Bankenunion wird zwar allmählich aufgebaut, aber über das bedeutendste Element, die Wirtschaftsführung, stehen die Entscheidungen nach wie vor aus. Ich glaube aber, dass die politisch gewollte Währungsunion dennoch kein

Fehler war. Sie ist ein gemeinsamer europäischer Fortschrittsplan, eine fortdauernde Aufgabe, um eine immer engere Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu erreichen. Dies ist jedoch nur schrittweise möglich, da es eine Vielzahl von Mitgliedern und Interessen gibt. Auseinandersetzungen, Zeitverluste und Kompromisse sind deshalb unvermeidlich.

Wird jetzt nicht nur an den Symptomen der Krise herumgedoktert statt ihre Ursachen zu kurieren?

Das war am Anfang so. Noch 2008 glaubten die führenden Länder der Union, dass der Marktautomatismus das gestörte Gleichgewicht zwischen den Mitgliedsstaaten wiederherstellen würde. Anfang 2010 sah man die Notwendigkeit einer Intervention ein, wenn die Schuldenkrise wirklich gemeistert werden sollte. Erst Ende 2011 entschloss man sich jedoch, das griechische Feuer mit adäquaten Mitteln zu bekämpfen. Nur war es zu spät. Neue Brände in Portugal, Irland und Spanien bestätigten, dass es sich um ein allgemeines Problem handelte.

Wo sehen Sie dessen Ursachen?

Es geht nicht nur um eine verantwortungslose Ausgabenpolitik einiger Länder und um die Banken, die alle Vorsichtsmaßnahmen missachtet haben, sondern vor allem um das unterschiedliche Entwicklungsniveau zwischen Norden und Süden, zwischen dem Kern und der Peripherie der Union. Die wirtschaftliche Dynamik führt dazu, dass wegen der geringeren Wettbewerbsfähigkeit der Peripherie-Staaten die Stärkeren immer stärker und die Schwächeren immer schwächer werden, obwohl sie gegenüber Drittländern außerhalb der Union Ihre Position verbessert haben.

Und wie lässt sich diese Fehlentwicklung korrigieren?

Wie genau sich dieses Problem lösen lässt, darüber herrscht in der EU völlige Unklarheit. Über die gleich zu unternehmenden Schritte gibt es zwar eine weitgehende Übereinstimmung. Eine Fiskalunion und eine Bankenunion sind im Werden. Die Notwendigkeit einer "Wirtschaftsregierung" ist anerkannt. Erhebliche Differenzen bestehen allerdings über das Maß der angestrebten Einheit. Wie weit

soll man gehen? Die in vielen Ländern gestellte Frage, warum "ein Deutscher oder ein Franzose über meine Rente und meine Steuern entscheiden sollen" ist ein Beispiel der Schwierigkeiten, die es überwinden gilt.

Ist die Währungsunion überhaupt zu retten?

Vor allem brauchen wir eine Wirtschaftsregierung. Nach der Unionsstruktur ist die Kommission das dafür zuständige Organ. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist freilich, dass sie nicht einem unsichtbaren Gremium der führenden Länder unterstehen darf und so nur eine Hilfsrolle spielen kann. Man müsste auch die Praxis ändern, nach der gescheiterte Politiker zur Kommission abgeschoben und genehme Präsidenten ernannt werden. Die Legitimationsfrage ist genauso entscheidend. Diejenigen, die über die Wirtschaftspolitik bestimmen, müssen demokratisch legitimiert sein. Ein solches Legitimationsverfahren besteht heute nicht. Darüber hinaus sollte der ESM zu einem übernationalen Versicherungssystem der Mitgliedstaaten ausgebaut werden. Die Mittel, um in Krisen wirksam eingreifen zu können, müssten durch Prämien der Mitglieder aufgebracht werden.

Zurück zu Griechenland: Das PSI, der letztlich erzwungene Forderungsverzicht der privaten Gläubiger, hat wenig gebracht. Braucht Griechenland einen zweiten Schuldenschnitt?

Höchstwahrscheinlich ja. Nach den jetzigen Berechnungen soll die Schuldenquote Griechenlands 2020 bei 124 Prozent des BIP liegen. 2009 betrug sie 129 Prozent. Der Fortschritt ist also gering. Eine endgültige Lösung setzt voraus, dass die Gesamtschuld sich auf einem viel niedrigeren Stand, deutlich unter 100 Prozent des BIP befinden muss. Das ist ohne einen neuen Schuldenschnitt, der die öffentlichen Gläubiger betreffen würde, nicht realisierbar.

Wie kann Griechenland die Krise dauerhaft bewältigen, was muss jetzt passieren?

Die Krise in Griechenland ist nicht zu bewältigen, wenn sich die Hauptpartner der Eurozone nicht endlich entschließen, die Währungsunion neu zu ordnen. Es geht

nicht nur um eine Wirtschaftsregierung, vielmehr auch um Probleme wie etwa das Gefälle zwischen Nord und Süd, die Grundbedingungen einer gemeinsamen Entwicklungspolitik sowie einen Haushalt, der es erlaubt, gemeinsame Projekte zu fördern, kurz gesagt um eine europäische Wirtschaftspolitik. Zudem sollte man nicht vergessen, das Griechenland nicht das einzige Problem ist. Eine Krise in Italien wird die Schwierigkeiten in Spanien, Portugal und wohl auch Frankreich verstärken. Bisher jedoch hat man sich geweigert, den Ausweg aus der gemeinsamen Krise ernsthaft zu diskutieren. Nunmehr wartet man wohl die Wahlen in der Bundesrepublik ab. Aber jede Verspätung kann neue Probleme verursachen.

Wie bewerten Sie die bisherige Arbeit der Regierung Samaras?

Die Regierung ist sehr energisch vorgegangen und hat das Stabilisierungsprogramm wieder auf die Gleise gebracht. Genauso nachdrücklich müssen jetzt die notwendigen Änderungen im Staatsapparat und in der Wirtschaft erfolgen. Strukturreformen sind unvermeidlich, um die geringe Wettbewerbsfähigkeit und die schwache Verwaltungskapazität zu überwinden. Das ist eine viel schwierigere Aufgabe, die Überparteilichkeit und Konsequenz erfordert. Die herrschende Unsicherheit ist das Haupthindernis für Investitionen und Wachstum. Erst recht muss es daher wieder Sicherheit über die Zukunft geben. Die Partner der Eurozone können dazu erheblich beitragen.

Sie haben in Deutschland studiert und gelehrt. Jetzt machen viele Griechen die Deutschen für die harten Sparvorgaben verantwortlich. Wie sehen Sie das?

Für viele Griechen ist Deutschland in der Tat der Buhmann. Für viele Deutsche sind freilich Griechen, genauso klar, Faulenzer, korrumpiert, unzuverlässig und verschwenderisch. In einer Krise entflammt man schnell, verfeindet sich aus lächerlichen Gründen, kann sich aber auch schnell wieder versöhnen. Man sollte daher solchen noch so heftig vorgetragenen Aussagen keine Beachtung schenken. Deutschland und Griechenland können und sollen gut zusammenarbeiten.